



# Aufwärts!

**IW-Verbandsumfrage.** So viel Optimismus war lange nicht – der Aufschwung in Deutschland hat inzwischen die große Mehrheit der Wirtschaftszweige erfasst. Der Aufwärtstrend ist zudem robuster geworden, weil sich die Investitions- und Beschäftigungsperspektiven verbessert haben. IW-Direktor Michael Hüther weist im Interview allerdings darauf hin, dass die deutsche Erfolgsstory gefährdet ist: Der Fachkräftemangel bringt viele Unternehmen an ihre Kapazitätsgrenzen, der Arbeitsmarkt entwickelt sich in Richtung Mangelverwaltung.

—> [Seiten 2-5](#)

## Sozialversicherungen

Obwohl die Beitragssätze insgesamt sinken, steigen die Höchstbeiträge für die Sozialversicherungen. Grund ist die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze.

—> [Seite 8](#)

## Regionalentwicklung

Die ländlichen Regionen in Deutschland sind auf dem aufsteigenden Ast. Ihr Bruttoinlandsprodukt je Einwohner wächst schneller als das vieler deutscher Metropolen.

—> [Seiten 10-11](#)

# Aufschwung allenthalben

**IW-Verbandsumfrage.** Die deutsche Wirtschaft startet mit viel Zuversicht in das Jahr 2018. Der Aufwärtstrend erfasst inzwischen die große Mehrheit der Branchen. Zudem wird die Konjunktur robuster, weil die Investitions- und die Beschäftigungsperspektiven deutlich besser sind als vor einem Jahr.

Ob Brexit-Wirrwarr, Trump-Gepolter oder GroKo-Geschacher – nichts scheint die deutsche Wirtschaft derzeit aus der Bahn werfen zu können. Jedenfalls sprechen 26 der 48 Verbände, die das Institut der deutschen Wirtschaft regelmäßig befragt, von einer verbesserten Geschäftslage im Vergleich zum Jahreswechsel 2016/2017. Und der Blick nach vorn verheißt ebenfalls viel Gutes (Grafik):

**Gut zwei von drei Wirtschaftszweigen erwarten, dass ihre Unternehmen 2018 mehr produzieren beziehungsweise höhere Umsätze erzielen werden als 2017.**

Damit ist das Spektrum der zuversichtlichen Branchen nochmals breiter als zum Jahresbeginn 2017. Allerdings gehen nur die Stahl- und Metallverarbeitung sowie die Bauindustrie von einer wesentlich höheren Produktion im Jahr 2018 aus. Auf der anderen Seite rechnen aber auch lediglich noch zwei Branchen damit, dass die Geschäfte schlechter laufen – vor zwölf Monaten waren es acht.

Die Produktionsaussichten der deutschen Wirtschaft könnten sogar

noch besser sein, wenn der Fachkräftemangel nicht so manchen Personalchefs einen Strich durch die Rechnung machen würde (siehe iwd 25/2017 und Interview Seiten 4–5). Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern bleibt jedenfalls hoch:

**Immerhin 19 Verbände gehen für das neue Jahr von einem Beschäftigungszuwachs in ihren Unternehmen aus – nur 9 Wirtschaftszweige halten einen Personalabbau für wahrscheinlich.**

Zur Jahreswende 2016/2017 standen den 15 Branchen, die mehr Stellen schaffen wollten, noch 12 mit Kürzungsplänen gegenüber.

Erfreulicher als vor einem Jahr sind auch die Investitionsperspektiven. Waren damals nur 18 Wirtschaftszweige optimistisch, erwarten nunmehr 24, dass ihre Ausgaben für neue Maschinen, Produktionsanlagen, Software etc. 2018 steigen. Lediglich der Bergbau und die Keramische Industrie werden im neuen Jahr voraussichtlich weniger investieren. Ansonsten wollen im Verarbeitenden Gewerbe vor allem die großen Branchen – der Maschinen- und Anlagenbau, die Elektroindustrie, die Autohersteller und die Chemie – ihre Investitionsbudgets aufstocken. Generell sind die höheren Investitionen der Unternehmen auch auf den Trend zur Digitalisierung zurückzuführen.

## IW-Kurzbericht 92/2017

Michael Grömling: Robuster Auftrieb auf breiter Front – Ergebnisse der IW-Verbandsumfrage für 2018  
[iwkoeln.de/verbandsumfrage\\_2018](http://iwkoeln.de/verbandsumfrage_2018)

## IW-Verbandsumfrage für 2018

Ergebnisse der Befragung von  
48 deutschen Wirtschaftsverbänden

### Wirtschaftszweig

1. Bergbau
2. Energie- und Wasserwirtschaft
3. Mineralölverarbeitung
4. Steine- und Erden-Industrie
5. Eisen- und Stahlindustrie
6. NE-Metallindustrie
7. Gießereien
8. Chemische Industrie
9. Forschende Pharmaunternehmen
10. Gummiverarbeitung
11. Stahl- und Metallverarbeitung
12. Maschinen- und Anlagenbau
13. Automobilindustrie
14. Luft- und Raumfahrzeugbau
15. Schiffbau und Meerestechnik
16. Elektroindustrie
17. Feinmechanik und Optik
18. Keramische Industrie
19. Glasindustrie
20. Holzverarbeitung
21. Kunststoffverarbeitung
22. Papierverarbeitung
23. Papierfabriken
24. Lederindustrie
25. Druckindustrie
26. Textil- und Modeindustrie
27. Ernährungsindustrie
28. Bauindustrie
29. Baugewerbe
30. Handwerk
31. Entsorgungswirtschaft
32. Groß- und Außenhandel
33. Einzelhandel
34. Speditionen
35. Banken
36. Sparkassen
37. Volksbanken
38. Investment
39. Leasing
40. Versicherungswirtschaft
41. Gastgewerbe
42. Zeitschriftenverlage
43. Tourismus
44. Informationswirtschaft
45. Messewirtschaft
46. Werbewirtschaft
47. Immobilien
48. Privater Rundfunk und Telemedien

### Insgesamt



# „Fachkräfte wachsen ja nicht auf Bäumen“



Foto: IW

**Interview.** Die Ergebnisse der jüngsten IW-Verbandsumfrage klingen fast zu schön, um wahr zu sein: 33 der 48 befragten Verbände erwarten für 2018 bessere Produktionsergebnisse ihrer Mitgliedsunternehmen als 2017, nur zwei sind pessimistisch. IW-Direktor **Michael Hüther** erklärt im iwd-Interview, wie die Umfrageergebnisse im Detail zu bewerten sind und warum die deutsche Erfolgsstory ernsthaft bedroht ist.

**Die Stimmung ist blendend: 26 Verbände sprechen von einer besseren Lage ihrer Unternehmen als vor einem Jahr, 20 bezeichnen sie als gleich gut und nur zwei als schlechter. Woran liegt das?**

Die Weltkonjunktur hat weiter Fahrt aufgenommen, das wirkt sich positiv auf unsere exportorientierte Wirtschaft aus. Auch der hohe Konsum und die steigenden Investitionen im Inland treiben die Konjunktur. Das hilft vor allem der hiesigen Industrie, aber auch Dienstleister im Investment-, Leasing- und Immobilienbereich profitieren.

Auf der Verliererseite stehen die Banken, die mit den niedrigen Zinsen, hoher Regulierungsintensität und niedrigen Margen in hartem Wettbewerb zu kämpfen haben. Der Ernährungsindustrie macht die starke Konkurrenz ebenfalls zu schaffen. Außerdem hat sie steigende Kosten zu bewältigen.

**Sie sprachen gerade die inländischen Investitionen an ...**

... die 2017 deutlich zugelegt haben. Das hatte zum Jahreswechsel 2016/2017 so deutlich keiner erwartet – auch die Verbände nicht. Jetzt

sind sie sich allerdings einig, dass es mit den Investitionen der Firmen weiter aufwärts geht.

**Ist absehbar, wer besonders viel Geld in die Hand nehmen wird?**

Wenn die Umfrage recht behält, werden es die großen Industriebranchen sein: der Maschinen- und Anlagenbau, die Elektroindustrie, die Automobilindustrie, die Chemische Industrie.

Über alle Branchen hinweg treibt die Digitalisierung die Investitionsprozesse an, übrigens auch im Bankensektor. Denn die Finanzdienstleister wollen allesamt mehr investieren, obwohl sie mit Blick auf die Beschäftigung und die allgemeine Stimmung eher verhalten sind.

**Apropos Beschäftigung: Auch hier ist das Bild positiver als in der Umfrage vor einem Jahr. Nur noch neun Verbände – also weniger als ein Fünftel – erwarten, dass ihre Mitgliedsunternehmen unterm Strich Personal abbauen.**

Das ist richtig und natürlich sehr beruhigend für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Doch auch diese Medaille hat

zwei Seiten: Oft ist nämlich nicht sicher, dass die Suche der Unternehmen nach Arbeitskräften erfolgreich ist. Da stößt die deutsche Erfolgsstory an ihre Grenzen.

**Sie sprechen vom Fachkräftemangel – gerade im mathematischen, naturwissenschaftlichen oder technischen Bereich und in der Informatik. Doch wie konkret sind die Probleme wirklich?**

Sehr konkret. Das hat uns auch unsere Konjunkturumfrage im Herbst 2017 vor Augen geführt. Da wollten wir wissen, ob die deutsche Wirtschaft überhitzt – schließlich wächst sie seit Jahren. Tatsächlich sagte gut ein Drittel der rund 2.900 Firmen, dass ihre Kapazitäten überausgelastet sind.

Als wir dann genauer nachgehakt haben, wurde deutlich: 66 Prozent der überausgelasteten Unternehmen fehlen Fachkräfte, um der Nachfrage Herr zu werden (Grafik Seite 5). In der Gesamtwirtschaft gilt das immerhin für 47 Prozent der Firmen. Kein Wunder also, dass in diesen Tätigkeitsbereichen Überstunden angehäuft und Zusatzschichten gefahren werden.

**Die Wirtschaftstheorie sagt, dass knappe Güter teurer sind. Im Umkehrschluss könnte das bedeuten: Es braucht höhere Löhne, dann gibt es auch genügend Fachkräfte.**

In der Theorie ist diese Logik bestechend. Doch die Praxis sieht anders aus. Nehmen wir beispielsweise die Metall- und Elektro-Industrie. Sie zahlt im Vergleich zu anderen Branchen und trotz starker Internationalität hohe Löhne, die in den vergangenen Jahren noch einmal deutlich gestiegen sind. Doch Fachkräfte wachsen nicht auf Bäumen, deshalb helfen höhere Löhne hier nur sehr bedingt.

Außerdem gilt: Wenn die einen für Fachkräfte mehr zahlen, fehlen die guten Leute an anderer Stelle. Der Arbeitsmarkt entwickelt sich angesichts einer historisch und international hohen Erwerbstätigenquote von 78 Prozent aktuell stark in Richtung Mangelverwaltung.

**Zu den Forderungen der IG Metall in der aktuellen Tarifrunde muss man Sie also gar nicht erst befragen, oder?**

Sie meinen die Forderung nach 6 Prozent mehr Geld sowie ein Recht auf Teilzeit mit Rückkehrrecht in Vollzeit bei teilweisem Lohnausgleich? Mit alledem habe ich tatsächlich eine Menge Probleme.

Gerade weil viele Firmen heute schon überausgelastet sind, sollte es erstens darum gehen, wie Arbeitnehmer – natürlich freiwillig – vielleicht sogar mehr arbeiten können. Da passt der Gegenentwurf der IG Metall so gar nicht ins Bild.

Zum zweiten das Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit: Wie soll das funktionieren? Die Unternehmen müssen Personal verbindlich ein- oder ausplanen. Sie können doch nicht einfach so Stellen freihalten, bis Mitarbeiter ihre Stundenzahl vielleicht wieder aufstocken. Die einzige

Möglichkeit, die ich hier eventuell sähe, wäre, dass die Beschäftigten die Befristung ihrer Teilzeitabsenkung akzeptieren.

Und dann der teilweise Lohnausgleich bei reduzierter Arbeitszeit. Das ist unfair. Denn finanzieren müssten den Ausgleich all jene, die selbst nicht in Teilzeit gehen. Oder anders betrachtet: Es wäre ein Anreiz für alle, nur noch Teilzeit zu arbeiten.

**Aber es ist doch eine berechtigte Forderung der Arbeitnehmer, ein Stück vom Erfolgskuchen abzubekommen.**

Natürlich. Dafür gibt es die Tarifparteien und Tarifverhandlungen. Nach meinem Eindruck haben die Arbeitnehmer in Deutschland aber in der Regel ein angemessenes

Stück vom Kuchen abbekommen – gerade in der Industrie.

**Wenn also Geld nicht hilft, wie können wir den Fachkräftebedarf dann decken?**

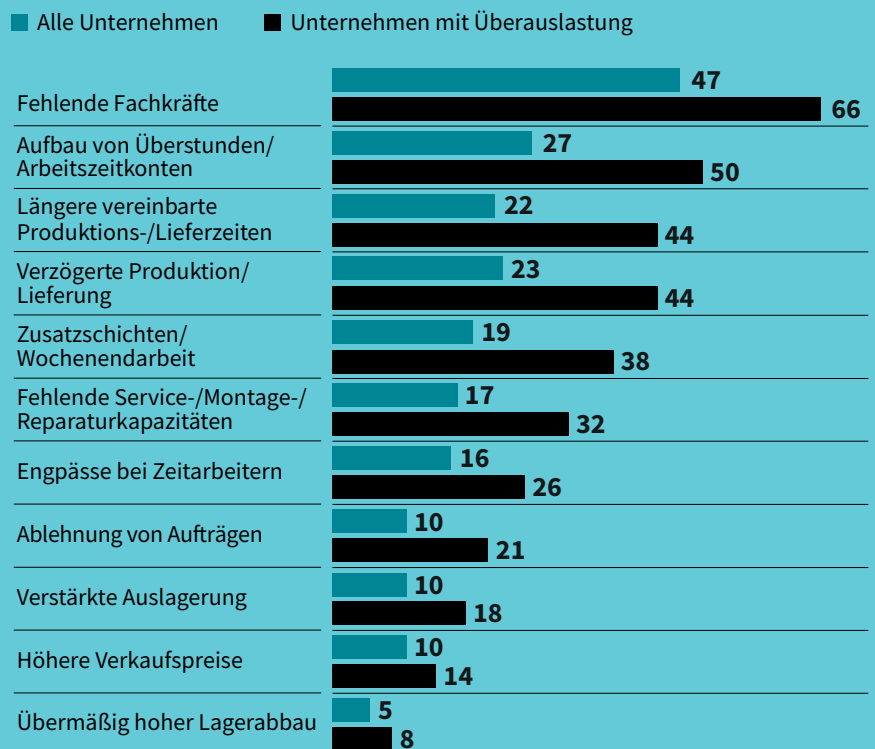
Es klingt unpopulär, aber ab 2030 muss es mit der schrittweisen Erhöhung des Rentenzugangsalters weitergehen. Entscheiden müssen wir das schon heute.

Zudem müssen wir unser Bildungssystem weiter verbessern und Ausbildungszeiten verkürzen.

Und wir sollten weiterhin im Ausland um Fachkräfte werben. Dafür brauchen wir schnellstmöglich ein gutes, transparentes Einwanderungsgesetz, das den Bedarf im Land und das Potenzial der Zuwanderer in Einklang bringt.

## Flaschenhals Mensch

So viel Prozent der Unternehmen bestätigen, dass ihre Firma stark von diesem Indikator für eine Überhitzung betroffen ist



Überauslastung: Die Produktionskapazitäten eines Unternehmens werden stärker als mit der langfristigen Durchschnittsauslastung genutzt

Befragung von 2.887 Unternehmen in Deutschland im Oktober/November 2017

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

# Höhere Kosten, mehr Aufwand

**Einzelhandel.** Die EU will die Gewährleistungsrechte für Käufer ausweiten. Auf den Handel könnten deshalb millionenschwere Belastungen zukommen – so das Ergebnis einer Studie der IW Consult.

Zu klein, zu groß, gefällt nicht: Die Gründe für einen Umtausch sind vielfältig. Nach Weihnachten und rund um den Jahreswechsel ist im Einzelhandel traditionell Hochsaison für Umtauscher. Im Onlinehandel gibt es ein 14-tägiges Widerrufsrecht. Im stationären Handel dagegen ist der Käufer auf die Kulanz des Unternehmens angewiesen. Bei mangelhafter Ware allerdings sieht es anders aus.

Grundsätzlich kann jeder binnen zwei Jahren, also in der gesetzlichen Gewährleistungsfrist, einen Mangel reklamieren. In den ersten sechs Monaten nach dem Kauf besteht gegenüber dem Händler keine Beweisspflicht. Es wird also vermutet, dass der Mangel schon ab Kauf bestand. Genau hier setzen die EU-Pläne an: Künftig soll die sogenannte Beweislastumkehr nicht nur für sechs Monate, sondern zwei Jahre lang gelten. Der Händler muss also im Fall einer Reklamation über die gesamte Gewährleistungsfrist hinweg nachweisen, dass die Ware beim Kauf fehlerfrei war.

Das könnte teuer werden, hat die IW Consult in einer Studie für den Handelsverband Deutschland herausgefunden:

**Die Unternehmen rechnen bei einer Verlängerung der Frist für die Beweislastumkehr mit Mehrkosten von 378 Millionen Euro pro Jahr.**

Die jährlichen Kosten für Gewährleistungsfälle im Einzelhandel würden demzufolge auf insgesamt 1,8 Milliarden Euro steigen – Kosten,

## Stärkung der Käuferrechte kostet Handel Zeit und Geld

Die Europäische Union plant, die sogenannte Beweislastumkehr von sechs Monaten auf zwei Jahre auszuweiten. Das bedeutet, dass Einzelhändler in Zukunft bei einer Reklamation innerhalb von zwei Jahren beweisen müssen, dass eine Sache zum Zeitpunkt des Kaufs frei von Mängeln war. Derzeit gilt diese Beweislastumkehr nur in den ersten sechs Monaten nach Kauf.

So viel Prozent der Einzelhandelsunternehmen rechnen vor allem mit diesen Folgen

Kosten können nicht an Kunden weitergereicht werden	66,0
Beweislastumkehr ist wirtschaftlich bedeutsam	64,7
Aufwand für Gewährleistung erhöht sich	62,3
Anstieg der Gewährleistungsfälle	59,4
Höhere Preise für Verbraucher	33,7

Befragung von 253 Unternehmen im Zeitraum Juni bis Juli 2017

Quelle: IW Consult  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

auf denen die meisten Unternehmen wohl sitzenbleiben würden (Grafik):

**Zwei Drittel der Firmen rechnen damit, dass sie die Kosten nicht an die Kunden weiterreichen können.**

Viele Händler gehen zudem davon aus, dass es zu mehr Gewährleistungsfällen kommen würde.

Bereits heute werden im Einzelhandel jedes Jahr rund 22,8 Millionen Fälle bearbeitet. Der einzelne Mitarbeiter ist je nach Unternehmensgröße im Mittel bis zu 2,4 Tage mit der Bearbeitung von Gewährleistungsfällen beschäftigt.

Die größten Kostentreiber sind die Beseitigung des Mangels, aber auch die Reklamation selbst, also deren Registrierung sowie die Prüfung, ob eine Gewährleistung

gegen den Hersteller durchgesetzt werden kann. Hinzu kämen künftig vermehrt Kosten für möglicherweise erforderliche Gutachten.

Die EU-Pläne treffen in der jetzigen Form nur den Onlinehandel. Der Einzelhandel erwartet aber, dass die Regeln auch auf den stationären Handel ausgeweitet werden.

### Gutachten

Roman Bertenrath, Manuel Fritsch: Kosten des Gewährleistungsrechts im Einzelhandel – Untersuchung zu den möglichen Kosten in Zusammenhang mit einer Erweiterung der Gewährleistungsrechte der Verbraucher im deutschen Kaufrecht, Gutachten im Auftrag des Handelsverbands Deutschland (HDE)

# Weltwirtschaft wächst stetig

**Auslandskonjunktur.** Allen ökonomischen und politischen Risiken zum Trotz wird die Weltwirtschaft laut IW-Prognose 2018 um etwa 3 ½ Prozent zulegen. Dabei bleibt das Wachstum in den Industrieländern weitgehend stabil – auch im Euroraum erholt sich die Konjunktur weiter.

Wäre die Weltwirtschaft eine Person, würde sie auf die Frage „Wie geht’s?“ wohl antworten: „Muss ja.“ Denn auch wenn der Kurs des US-Präsidenten Donald Trump nach wie vor erratisch ist, die Modalitäten des Brexits weitgehend ungeklärt sind und viele Schwellenländer ungelöste Strukturprobleme mit sich herumschleppen, hat sich die globale Wirtschaftslage zuletzt stabilisiert:

**Das über alle Länder aufsummierte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2017 um rund 3 ½ Prozent gewachsen – gegenüber gut 3 Prozent im Jahr 2016.**

Das Welthandelsvolumen expandierte damals nur um 2,2 Prozent, 2017 dürfte es jedoch wieder um 4 Prozent zugelegt haben.

Ein Grund dafür könnte sein, dass sich Befürchtungen, die USA würden nach der Präsidentschaftswahl auf radikalen Protektionismus-Kurs gehen, bislang nicht bewahrheitet haben. Auch die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Frankreich und den Niederlanden, bei denen die Populisten schlechter abschnitten als befürchtet, haben die Wirtschaftsakteure aufatmen lassen.

Sofern es keine neuen unangenehmen Überraschungen gibt, geht das Institut der deutschen Wirtschaft davon aus, dass die Weltwirtschaft 2018 auf dem bisherigen Wachstumskurs bleibt – was auch der deutschen Konjunktur zugutekommt (siehe iwd 25/2017). Die IW-Auslandsprognose im Detail (Grafik):

**Im Euroraum** stützt vor allem die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die wirtschaftliche Erholung. Im Oktober 2017 lag die Arbeitslosenquote mit 8,8 Prozent im Schnitt um 1 Prozentpunkt unter dem Wert des Vorjahresmonats. Auch die Investitionstätigkeit kommt zunehmend in Schwung.

**Die Wirtschaft der Euroländer dürfte daher 2018 wie im Vorjahr insgesamt um 2 Prozent wachsen.**

Zu den dynamischsten Ländern zählen dabei Irland, die Niederlande und Spanien, während Italiens Konjunktur mau bleibt.

**Die USA** profitieren von der steigenden Binnennachfrage und dem auch durch die Dollarschwäche angetriebenen Außenhandel. Die Wirtschaftspolitik setzt dage-

gen nur wenige Impulse. Unterm Strich rechnet das IW für 2018 mit einem BIP-Zuwachs von knapp 2 ½ Prozent.

**China** dürfte zwar auch 2018 zu den am stärksten wachsenden Volkswirtschaften zählen. Allerdings hält nicht zuletzt die staatliche Investitionsförderung die Konjunktur auf Kurs. Ein weiterer Risikofaktor ist die zunehmende Verschuldung im Land, die mittlerweile mehr als das Doppelte der Wirtschaftsleistung beträgt.

## IW-Auslandsprognose

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Stand: November 2017; Länderauswahl

Quellen: Consensus Forecasts, Eurostat, IWF, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

# Kaum Entlastung für Beitragszahler

**Sozialversicherungen.** Die Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung ist für die meisten kaum spürbar, ebenso wenig wie die mögliche Entlastung beim Zusatzbeitrag zur Krankenkasse. Stattdessen führt die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen 2018 zu steigenden Sozialabgaben in den höheren Gehaltsgruppen.

Jedes Jahr passt die Bundesregierung die Obergrenzen für die Bemessung der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge an die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttogehälter an.

Dabei gilt für die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung eine einheitliche Beitragsbemessungsgrenze. Weil die durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelte 2017 bundesweit um 2,4 Prozent gestiegen sind, klettert die Kappungsgrenze von 4.350 Euro im Jahr 2017 auf 4.425 Euro in diesem Jahr (Grafik).

In der Renten- und Arbeitslosenversicherung gelten dagegen unterschiedliche Obergrenzen. Dies wird damit begründet, dass das Entgeltniveau im Westen höher ist als im Osten.

Den Durchschnittsverdiener betrifft die jährliche Prozedur allerdings nicht. Denn solange das Bruttogehalt unter der Beitragsbemessungsgrenze liegt, hängt die Höhe der Sozialabgaben allein vom Beitragssatz ab.

Allerdings würde bei einer starren Obergrenze mit jeder Gehaltserhöhung der beitragsfreie Anteil steigen. Erst die jährliche Anpassung verhindert, dass Besserverdiener mit jeder

Lohnerhöhung nach und nach aus der Beitragspflicht herauswachsen.

Das hat aber zur Folge, dass die Sozialabgaben in höheren Entgeltgruppen jedes Jahr steigen – nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern ebenso für die Arbeitgeber.

Dies kann 2018 auch nicht durch die Entlastungen bei den Beitragssätzen kompensiert werden, die allen Versicherten zugutekommen:

**In der Rentenversicherung** sinkt der Beitragssatz auf 18,6 Prozent und dürfte bis zum Ende des Jahrzehnts auf diesem Niveau bleiben.

**In der Krankenversicherung** winkt eine Mini-Entlastung. Nach Einschätzung des Bundesversicherungsamts kann der durchschnittliche Zusatzbeitrag 2018 um einen Zehntelpunkt auf 1,0 Prozent sinken. Wie viel im Einzelfall gespart wird, hängt von der Kassenwahl ab.

**In der Arbeitslosenversicherung** sorgt der Boom am Arbeitsmarkt für üppig sprudelnde Beitragseinnahmen und für weniger Ausgaben. Ob die neue Bundesregierung deshalb den Beitragssatz senken wird, steht aber noch in den Sternen.

## Sozialversicherungsbeiträge 2018

Wer sich bei einer privaten Krankenversicherung absichern will, der muss von der Versicherungspflicht im gesetzlichen System befreit werden. Voraussetzung ist, dass das regelmäßige sozialversicherungspflichtige Entgelt im Jahr 2018 über der Versicherungspflichtgrenze von 59.400 Euro liegt.

	Höchstes beitragspflichtiges Monatseinkommen		Beitrag in Prozent		Höchstbeitrag in Euro pro Monat	
	2017	2018	2017	2018	2017	2018
<b>Westdeutschland</b>						
Rentenversicherung	6.350	6.500	18,7	18,6	1.187,45	1.209,00
Arbeitslosenversicherung	6.350	6.500	3,0	3,0	190,50	195,00
<b>Ostdeutschland</b>						
Rentenversicherung	5.700	5.800	18,7	18,6	1.065,90	1.078,80
Arbeitslosenversicherung	5.700	5.800	3,0	3,0	171,00	174,00
<b>Bundesweit</b>						
Krankenversicherung	4.350	4.425	14,6	14,6	635,10	646,05
Zusatzbeitrag Krankenversicherung der Arbeitnehmer und Rentner	4.350	4.425	1,1	1,0	47,85	44,25
Pflegeversicherung	4.350	4.425	2,55	2,55	110,93	112,84
<b>Sozialabgaben insgesamt</b>						
Westdeutschland			39,95	39,75	2.171,83	2.207,14
Ostdeutschland			39,95	39,75	2.030,78	2.055,94

Höchstbeitrag Arbeitnehmer plus Arbeitgeberbeitrag; Sozialabgaben insgesamt; ohne Beitrag der Arbeitgeber zur gesetzlichen Unfallversicherung, ohne Sonderbeitrag der kinderlosen Arbeitnehmer zur sozialen Pflegeversicherung in Höhe von 1,25 Prozent; Zusatzbeitrag Krankenversicherung; Durchschnittskassenindividueller Beitragssatz laut Schätzbericht Bundesversicherungsamt

Ursprungstabelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesregierung, Bundesversicherungsamt © 2018 IW Medien / iwd



# Der chinesische E-Boom

**Elektromobilität.** Etwa jedes zweite E-Auto wird heute in China zugelassen. Doch hinter dem vermeintlichen Umweltbewusstsein steckt in Wahrheit eine massive staatliche Förderung. Und auch die Quote, die ab 2019 gelten soll, ist nicht ganz astrein.

In den ersten neun Monaten 2017 wurden in China etwas mehr als 400.000 Elektroautos verkauft – fast siebenmal so viele wie im Jahr 2014 (Grafik). Damit wächst der Absatz von E-Autos noch schneller als der chinesische Automarkt insgesamt und ihr Marktanteil hat inzwischen die 2-Prozent-Marke überschritten.

Der E-Boom ist allerdings weniger auf ein gestiegenes Umweltbewusstsein der chinesischen Autokäufer zurückzuführen, sondern ist das Ergebnis einer massiven staatlichen Förderung:

**Die Zentralregierung in Peking unterstützt den Kauf eines Elektroautos umgerechnet mit bis zu 6.000 Dollar. Die Regionalregierungen stocken den Betrag noch einmal um 15 bis 50 Prozent auf.**

Außer den Subventionen treiben auch die hohe öffentliche Nachfrage – zum Beispiel für kommunale Fuhrparks – und Privilegien bei der Vergabe von Nummernschildern, die in Großstädten wie Peking und Shanghai verlost beziehungsweise versteigert werden, die Absatzzahlen nach oben.

Weil sich mittlerweile die Meldungen über Subventionsbetrug häufen, leitet die Regierung in Peking einen Strategiewechsel ein und will die Hersteller ab 2019 über eine Quotenregelung dazu bringen, mehr Elektroautos in den Markt zu drücken.

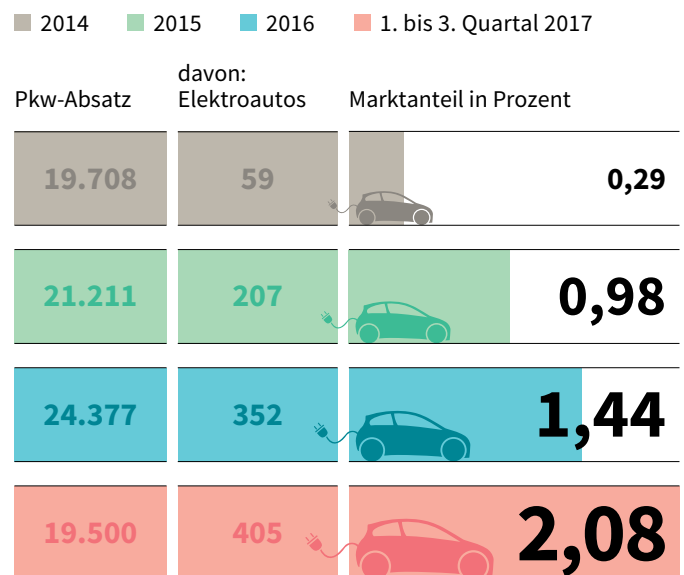
Diese Quote hat allerdings in Deutschland und im übrigen Europa für einige Verwirrung gesorgt, denn sie wurde fälschlicherweise so interpretiert, dass künftig 10 Prozent der Neuwagen in China Elektroautos sein sollten. Das wäre eine Verfünfachung des Marktanteils von 2017. Tatsächlich gilt:

**Die chinesische Quote schreibt keinen 10-prozentigen Anteil von Elektroautos am Gesamtabsatz vor, sondern besagt, dass ein Hersteller Ökopunkte in Höhe von 10 Prozent seiner Absatzzahl vorweisen muss.**

Diese Punkte werden nach einem komplizierten Schema errechnet, in dem Elektrofahrzeuge mehrfach zählen. Ein BMW i3 beispielsweise bringt 4,5 Ökopunkte,

## China macht E-mobil

in 1.000



Quellen: ev-sales Blog, Organisation Internationale des Constructeurs d'Automobiles (OICA)  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

ein Plug-in-Hybrid wie Toyotas Prius III immerhin noch 2 Punkte. Allerdings muss man hinzufügen, dass ausländische Modelle in China so gut wie keine Rolle spielen (siehe iwd 18/2017).

Ferner ist zu beachten, dass Händlerzulassungen ebenso gezählt werden wie Fahrzeuge, die ein ausländischer Hersteller in einem Joint Venture produziert. Wichtig für die Punktevergabe ist auch, dass die Batterie in China produziert wurde.

All diese Vorschriften führen dazu, dass die Quote weniger drastisch ist, als der Wert von 10 Prozent signalisiert. Trotzdem stellt sie für die Hersteller eine große Herausforderung dar, denn sie müssen ihren Absatz von Elektrofahrzeugen schneller steigern als geplant – sonst drohen drastische Strafen.

# Landluft macht produktiv

**Regionalentwicklung.** *Stadt hui, Land pfui? Das mag fürs Wohnen gelten, aber nicht für die wirtschaftliche Stärke. Der ländliche Raum holt auf, wie eine neue IW-Studie zeigt. Allerdings ist das kein Grund zur Entwarnung.*

Die Städte boomen, das Land fällt immer weiter zurück – dieser Eindruck drängt sich jedem auf, der die Diskussion über die Urbanisierung in Deutschland verfolgt. Doch was die Wohnvorlieben der Bundesbürger durchaus zutreffend charakterisiert, gilt eben noch lange nicht für die Wirtschaftskraft. Eine neue Regionalstudie des Instituts der deutschen Wirtschaft hat die Entwicklung auf Kreisebene untersucht und zeichnet ein differenziertes Bild (Grafik):

**In puncto Wirtschaftsleistung je Einwohner liegen die Städte weit vorn.** So hatten die 14 deutschen Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern 2015 im Schnitt ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von 62.600 Euro – das sind fast 70 Prozent mehr als im Bundesdurchschnitt.

Alle kreisfreien 70 Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern kommen auf eine durchschnittliche Wirtschaftsleistung von knapp 49.500 Euro je Einwohner –

und übertreffen die übrigen Landkreise und kleineren Städte damit um satte 18.000 Euro.

**In den Städten wird aber auch der Wohlstand für das Umland erwirtschaftet.** Das Bild des überaus starken Stadt-Land-Gefälles relativiert sich, wenn man das Umland einbezieht. Zu den Metropolregionen wie München, Hamburg und Frankfurt am Main gehören neben der dominierenden Großstadt jeweils auch Landkreise, in denen viele Menschen leben, die ihr Geld in eben jener Stadt verdienen. Deshalb kommen die Großräume im Durchschnitt lediglich auf ein BIP je Einwohner von 46.300 Euro.

Weil die Metropolregionen zudem Magnete für Zuwanderer aus dem In- wie Ausland sind, ist ihr Anteil an der deutschen Bevölkerung seit dem Jahr 2000 teilweise sogar stärker gestiegen als ihr Beitrag zur Wirtschaftsleistung. Dadurch lag beispielsweise das damals noch durchschnittliche Pro-Kopf-BIP der Region Berlin-Potsdam im Jahr 2015 leicht unter dem Bundesdurchschnitt.

Eine – eher traurige – Ausnahme bildet das Ruhrgebiet: Es hat von 2000 bis 2015 so viele Einwohner verloren, dass sein schwaches Wirtschaftswachstum quasi überkompensiert wurde und die Wirtschaftsleistung je Einwohner so recht ordentlich zugelegt hat.

**Das Land verkürzt seinen Rückstand.** Die These vom wirtschaftlich zunehmend abgehängten ländlichen Raum lässt sich nicht halten – im Gegenteil: Viele Landkreise und kleinere Städte haben ihr Pro-Kopf-BIP von 2000 bis 2015 deutlich gesteigert – im Mittel lag das Wachstum der ländlichen Kreise nominal bei fast 48 Prozent und damit weit über jenem der Städte.

Zu erklären ist auch das durch die Kombination aus eher schwachem Bevölkerungswachstum bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Stärke. Denn die industriellen Mittelständler sitzen in Deutschland zu einem guten Teil in den ländlichen Regionen – und eben nicht in den größeren Städten.

**Land ist nicht gleich Land.** Die Unterschiede zwischen den Landkreisen sind deutschlandweit immens und sie werden nicht kleiner (Grafik Seite 11). Der

## Wo die Wirtschaftskraft wächst

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro

■ 2000 ■ 2015 ■ Veränderung in Prozent

Kategorie	2000	2015	Veränderung in Prozent
Großstädte (Anzahl: 14)	47.287	62.643	32,5
Städte ab 100.000 Einwohnern (70)	36.826	49.468	34,3
Metropolregionen (7)	34.421	46.295	34,5
Ländliche Kreise (332)	21.305	31.443	47,6
Deutschland	25.983	37.128	42,9

Großstädte: über 500.000 Einwohner; Städte ab 100.000 Einwohnern: einschließlich der Großstädte über 500.000 Einwohner; Metropolregionen: Berlin-Potsdam, Hamburg, München, Ruhrgebiet, Rheinland (Düsseldorf, Köln, Bonn), Frankfurt am Main (u.a. mit Mainz, Wiesbaden, Darmstadt), Stuttgart; ländliche Kreise: ohne Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern

Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder  
© 2018 IW Medien / iwd

## Das Wohlstandsgefälle auf dem Land

Diese fünf Kreise beziehungsweise kreisfreien Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern in ländlichen Regionen hatten im Jahr 2015 ...

■ in Euro

... das **höchste** Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Stadt Schweinfurt (Bayern)	95.013
Stadt Coburg (Bayern)	82.172
Stadt Aschaffenburg (Bayern)	69.510
Dingolfing-Landau (Bayern)	66.050
Stadt Passau (Bayern)	62.567

... das **niedrigste** Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Südwestpfalz (Rheinland-Pfalz)	15.349
Kusel (Rheinland-Pfalz)	16.174
Rhein-Pfalz-Kreis (Rheinland-Pfalz)	17.104
Helmstedt (Niedersachsen)	18.647
Osterholz (Niedersachsen)	18.658

Kreise und kreisfreie Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern außerhalb der sieben Metropolregionen Hamburg, Ruhrgebiet, Rheinland, Frankfurt am Main, Stuttgart, München und Berlin-Potsdam

Ursprungsdaten: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

niederbayerische BMW-Standort Dingolfing-Landau konnte sich zuletzt über eine Wirtschaftsleistung je Einwohner von gut 66.000 Euro freuen und war mit einem Plus von 118 Prozent in den vergangenen 15 Jahren obendrein Wachstumsspitzenreiter.

Genau umgekehrt sieht es im niedersächsischen Landkreis Helmstedt aus: Ein Pro-Kopf-BIP von 18.600 Euro im Jahr 2015 und dessen Wachstum von gerade einmal 21 Prozent seit dem Jahr 2000 bedeuten jeweils den viertletzten Platz unter allen deutschen Kreisen. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Helmstedt war als Zonenrandgebiet strukturschwach – und ist es geblieben. Außerdem liegt es im Einzugsgebiet der Autostädte Wolfsburg und Braunschweig, in die viele Helmstedter zum Arbeiten pendeln.

Auffallend viele prosperierende Landkreise und Kleinstädte finden sich in Bayern – was nicht nur, aber auch mit dem kleinen Zuschnitt der regionalen Verwaltungseinheiten dort zu tun hat, durch den sich kleinräumige Unterschiede nicht in dem Maße ausgleichen können wie etwa im Nachbarland Baden-Württemberg.

Die Diagnose „abgehängt“ trifft dagegen auf diverse Kreise in Rheinland-Pfalz zu. Das Problem dort: In der Südwestpfalz schaffen nicht einmal die Städte Pirmasens und Zweibrücken einen wirtschaftlichen Ausgleich, weil sie selbst daniederliegen (siehe iwd 3/2016).

Auch wenn die Situation in den ländlichen Regionen momentan also weit weniger dramatisch ist, als der Hype um die Städte glauben macht – Grund zur Entwarnung gibt es nicht. Denn dass die Städte so boomen, hängt mit grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zusammen:

- **Es gibt mehr Singles in Deutschland** – und diese leben lieber in größeren Städten.
- **Junge Paare ziehen auch mit Kind immer seltener ins Grüne**, sondern bleiben in der Stadt – weil sich dort die Erwerbstätigkeit beider Eltern dank kurzer Arbeitswege besser managen lässt.
- **Immer mehr Schulabgänger studieren**, ziehen dazu in die Hochschulstädte – und bleiben.
- **Die Zuwanderung aus dem Ausland konzentriert sich ebenfalls auf die Städte** – weil es für viele Migranten durch die bestehenden Communitys aus dem Heimatland zumindest gefühlt einfacher ist, in der Fremde Fuß zu fassen.

Zwar ist offen, ob der Trend zum innerstädtischen Wohnen trotz der steigenden Mieten anhält oder das Landleben vielleicht doch wieder schick wird. Zu erwarten ist allerdings, dass die Unternehmen dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel in vielen ländlichen Regionen früher oder später Rechnung tragen (siehe iwd 25/2017) und ihre Firmensitze zumindest in den Umkreis der wachsenden Städte verlagern. Weil sich auch technologieorientierte Start-ups eher in den Städten finden, drohen viele ländliche Regionen irgendwann doch wirtschaftlich zurückzufallen – und bedürfen deshalb weiterhin der regionalpolitischen Unterstützung. Dabei muss es vor allem darum gehen, die demografiebedingten Probleme abzufedern.

### IW-Report 38/2017

Klaus-Heiner Röhl: Regionale Konvergenzprozesse – Der ländliche Raum holt auf  
[iwkoeln.de/laendlicher\\_raum](http://iwkoeln.de/laendlicher_raum)

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe (verantwortlich)  
**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-523  
**Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de



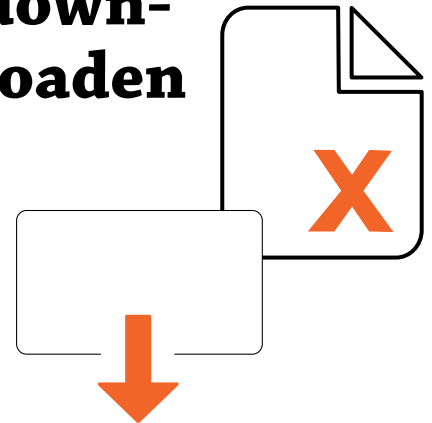
# Top-Liste: Die Hausaufgaben der EU

Über die Zukunft der EU diskutieren kluge Köpfe nicht erst seit dem Brexit-Beschluss. Die Bürger selbst haben klare Vorstellungen davon, welche Probleme die Staatengemeinschaft unbedingt anpacken sollte. Laut Eurobarometer halten 39 Prozent der Befragten die Arbeitslosigkeit für die größte Herausforderung, der sich die EU stellen muss. Das sind zwar 6 Prozentpunkte weniger als im Herbst 2016, dennoch hat das Thema für die EU-Bürger nach wie vor Top-Priorität. Von den Befragten aus Zypern, Griechenland und Spanien sind sogar mehr als 60 Prozent der Meinung, die EU müsse sich in erster Linie um mehr Jobs kümmern.

Der Abbau sozialer Ungleichheiten ist der Umfrage zufolge das zweitwichtigste Zukunftsthema. Für 50 Prozent der Bundesbürger ist dies sogar die EU-Aufgabe Nummer eins. Auch fast jeder zweite Litauer und Schwede sieht die EU hier besonders in der Pflicht. Das Thema Migration wiederum bewegt die Bürger Maltas, Tschechiens, Estlands und Ungarns am stärksten.

*Schon gewusst?*

## Auf iwd.de: Rohdaten downloaden

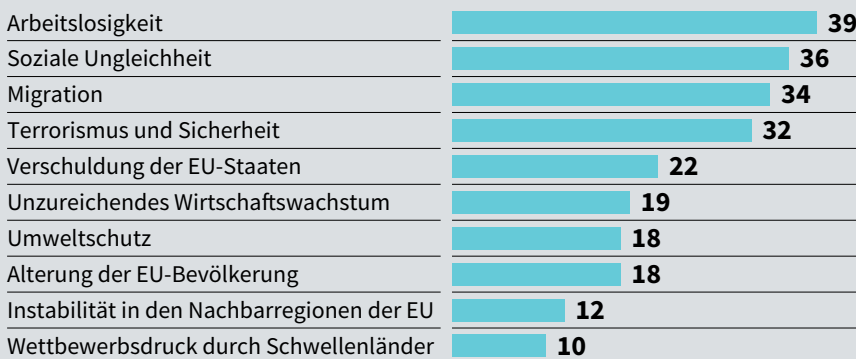


Wie alle iwd-Ausgaben enthält auch unsere Nummer 1 des Jahres 2018 wieder viele spannende, grafisch aufbereitete Statistiken. Diese Grafiken – mitsamt den zugehörigen Artikeln – finden Sie entweder schon jetzt oder spätestens in den Tagen nach Erscheinen des Printhefts auch online auf iwd.de. Sie können thematisch gezielt über die Suchfunktion danach recherchieren.

Außerdem haben Sie auf iwd.de nicht nur die Möglichkeit, die Grafiken selbst im EPS-Format herunterzuladen und weiterzuverwenden, sondern die zugrunde liegenden Statistiken sind auch im Excel-Format hinterlegt. Damit können Sie Ihre eigenen Grafiken erstellen oder mit den Daten weiterrechnen.

### EU-Bürger: Arbeitsmarkt hat Priorität

So viel Prozent der befragten Bürger in den 28 EU-Staaten sehen diese Themen als die größten Herausforderungen für die Europäische Union an



Befragte konnten maximal drei Themen auswählen;  
 Befragung von 27.881 EU-Bürgern im Rahmen des Eurobarometers im September/Oktober 2017

Quelle: EU-Kommission  
 © 2018 IW Medien / iwd

